

Vorläufiges Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 18.10.2019 um 19:30 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Bürgermeister Bauer begrüßt Herrn Englert von der Presse, die Geschäftsleiterin Frau Bathon, den Schriftführer Niklas Joe und alle anwesenden Gemeinderäte und Zuhörer zur Sitzung.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung fest.

Ein Gemeinderatsmitglied merkt an, dass ihm bei der Tagesordnung, die den Gemeinderäten mit der Einladung zur Sitzung mitgeschickt wurden, einige Informationen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten fehlen. Mit den Infos könnte man sich besser auf Sitzungen vorbereiten.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass eine Mail mit Anfragen zur Sitzung zu unvollständig beantwortet wurde. Die Mail wurde am Tag der Sitzung morgens abgesendet. Der Bürgermeister erwidert, dass rechtzeitige Anfragen beantwortet werden, diese aber zu kurzfristig war.

Der Tagesordnungspunkt 2 entfällt, da dieser schon in der Sondersitzung am 25.09.2019 behandelt wurden.

19:31 Uhr: Christian Wirth trifft ein.

Unter Enthaltung von Sebastian Knehrler und Franz Hock, die in der letzten Sitzung entschuldigt waren, erkennt der Gemeinderat das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2019 einstimmig an.

2. Bericht aus der Bauausschusssitzung

Dieser TOP ist entfallen.

3. Bestätigung der Wahl des neuen Obmanns der Feldgeschworenen der Gemarkung Wintersbach , Herrn Michael Herrmann und seines Stellvertreters Herrn Franz Hock

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, dass Herr Michael Herrmann zum neuen Obmann der Feldgeschworenen der Gemarkung Wintersbach gewählt wurde. Herr Franz Hock wurde zum Stellvertreter gewählt. Dazu gratuliert ihnen der Bürgermeister.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4. Georg-Keimel-Haus

4.1. Ausstattung des Georg-Keimel-Hauses mit Transponder-Schließanlage

Bürgermeister Bauer teilt mit, dass das Georg-Keimel-Haus mit einer Transponder-Schließanlage ausgestattet wird. Momentan braucht man für jeden Raum einen einzelnen Schlüssel, da die einzelnen Räume von verschiedenen Vereinen genutzt werden. Da der Bürgermeister für jeden Raum einen Schlüssel erhält, würde die Umstellung auf ein Transponder-System die erhebliche Anzahl an Schlüsseln auf einen Transponder reduzieren. Die Transponder können so programmiert werden, dass die Vereinsmitglieder mit ihrem Gerät nur Zugang zu ihrem Raum bekommen. Daher sollen die einzelnen Vereine angefragt werden, welche Räumlichkeiten sie nutzen und welche Vereinsmitglieder einen Transponder bekommen sollen. Jedem Verein werden dann maximal vier Stück zur Verfügung gestellt.

Ein grundsätzliches Angebot liegt vor, die Kosten belaufen sich auf 3.500 bis 4.000 Euro. Je nachdem wie viele Funkschlüssel genau benötigt werden, können sich die Kosten noch etwas verändern. Insgesamt wird es aber nicht teurer als die finanzielle Obergrenze, die dem Bürgermeister zur Erledigung laufender Geschäfte zur Verfügung steht. Daher ist für diesen Tagesordnungspunkt auch kein Beschluss des Gemeinderats nötig und dient nur als Information darüber, dass eine Umstellung stattfinden wird.

Aus dem Gemeinderat wurde zu Bedenken gegeben, dass es für solch ein Transponder-Schließsystem, welches bereits in der Dammbachtalhalle verbaut ist, für die Vereine eine ausreichende Anzahl von Transpondern geben müsste. Ansonsten müssten sich Personen, die sich ehrenamtlich engagieren, noch zusätzlich darum kümmern, dass sie immer einen Transponder haben. Es wurde darauf hingewiesen, dass Anfragen für weitere Transponder in der Vergangenheit abgelehnt wurden. Der Bürgermeister sagte zu, dass auch für die Dammbachtalhalle eine weitere begrenzte Anzahl von Transpondern auf Mailanfrage, ausgegeben werden können.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.2. Grundsatzentscheidung, ob der Aufzug im Georg-Keimel-Haus noch betrieben wird

Momentan wird der Aufzug nicht genutzt, muss aber dennoch regelmäßig vom TÜV überprüft werden. Bei der letzten Prüfung wurden erhebliche Mängel festgestellt, die bis 2020 beseitigt werden müssen, um den Lift weiter betreiben zu dürfen. Zusätzlich gilt ab 2020 eine neue Regelung, nach der jeder Aufzug einen Notrufknopf haben muss. Beim Drücken des Knopfs muss dann automatisch eine Verbindung zur Notrufzentrale aufgebaut werden. Daher soll eine Grundsatzentscheidung gefällt werden, ob der Aufzug weiter betrieben oder stillgelegt wird.

Aus dem Gemeinderat wird nachgefragt, ob vorgesehen ist, dass im oberen Stock in Zukunft eine Wohnung entsteht. Das ist laut dem Bürgermeister nicht der Fall.

Da der Aufzug damals mit Fördermitteln gebaut wurde, muss erst mit dem Kämmerer Herrn Aulbach geklärt werden, ob eine Stilllegung problemlos möglich ist.

Ein anderes Mitglied weist darauf hin, dass es bezüglich der Thematik Barrierefreiheit für Dammbach kein guter Auftritt in der Öffentlichkeit wäre, wenn man den Aufzug stilllegt. Ein Ratsmitglied erklärt sich bereit, sich mit einem Aufzugstechniker über weitere Möglichkeiten zu beraten.

Zusätzlich wird die Liste mit Mängeln an einen Reparaturservice geschickt, um ein Angebot über die anfallenden Kosten zu bekommen.

Aus dem Gemeinderat wurde reklamiert, dass dieser Punkt für eine Entscheidungsfindung nicht in ausreichendem Maße vorbereitet wurde.

Da keine besondere Eilbedürftigkeit herrscht wird der Tagesordnungspunkt verschoben. Die oben genannten Punkte werden bis dahin geklärt.

5. Friedhofsmauer

5.1. Ergebnis Schürfe - Friedhofsmauer

Der Bürgermeister teilt mit, dass keine Schürfe stattgefunden hat, da die Verwaltung noch keine Firma gefunden hat, die die Maßnahme durchführt. Von einer Firma wurde eine Durchführung am Tag der Sitzung zugesagt, jedoch kurzfristig wieder abgesagt. Sie kann die Schürfe eventuell nächste Woche durchführen.

5.2. Bestimmung des Sanierungskonzeptes für die Friedhofsmauer am Friedhof Wintersbach, Beschluss zur Durchführung der Ausschreibung

In der letzten Sitzung hat man sich im Gemeinderat darauf geeinigt, dass man das Sanierungskonzept für die Mauer von dem Ergebnis der Schürfe abhängig machen will.

Da diese nicht durchgeführt werden konnte, herrscht im Gemeinderat weiterhin Uneinigkeit über das weitere Vorgehen.

Ein Ratsmitglied schlägt vor, die Verschiebung des Risses mithilfe einer Gipsmarke („Gipsplombe“) zu überwachen, um zu sehen, wie stark die Verschiebung ist.

Da dafür wieder einige Zeit vergehen würde weist Frau Bathon darauf hin, dass laut Aussagen von einem Statiker und einem Bauwerksprüfer so schnell wie möglich etwas gegen die Einsturzgefahr unternommen werden muss. In mehreren Berichten zur Standfestigkeit der Mauer wurde Gefahr im Verzug festgestellt.

Ein Gemeinderatsmitglied stellt einen Antrag an die Geschäftsordnung: In der stattfindenden Sitzung soll eine Maßnahme beauftragt werden, dass man in der Angelegenheit Fortschritte erzielt, da mittlerweile schon viel Zeit verloren wurde.

Ein Antrag an die Geschäftsordnung forderte die sofortige Abstimmung, ohne weitere Diskussion und nicht eine spätere Abstimmung in der Gemeinderatssitzung.

Von anderer Seite wird nachgefragt, ob möglicherweise Gräber verlegt werden müssen bei der Sanierung der Mauer. Das ist laut Frau Bathon nicht der Plan, kann aber trotzdem nötig sein, wenn die Sanierung anders nicht möglich ist.

Auch der Bürgermeister macht auf den dringenden Sanierungsbedarf der Mauer aufmerksam und spricht sich für den Beschluss einer Ausschreibung aus.

Aus dem Gemeinderat wird nachgefragt, ob die Notwendigkeit besteht, die Straße aufgrund der Einsturzgefahr der Mauer zu sperren. Hierüber herrscht Uneinigkeit.

Zur Sanierung stehen noch zwei Methoden zur Auswahl. Zum einen könnte man die Mauer mithilfe einer Gabionenwand sanieren, die Stück für Stück aufgebaut wird. Das würde die Optik der Mauer verändern. Die andere Variante zur Sanierung besteht aus Blocksteinen mit Geogittern, die eine ähnliche Optik wie die bestehende Mauer haben. Für diese Methode spricht sich der Bürgermeister aus.

Ein Gemeinderatsmitglied macht darauf aufmerksam, dass die Maßnahme erst nach der Durchführung der Schürfe ausgeschrieben werden sollte. Sonst könnte es passieren, dass die Ausschreibung nicht mehr stimmt wenn bei der Schürfe festgestellt wird, dass eine bestimmte Variante nicht durchführbar ist. Für beide Sanierungsmöglichkeiten benötigt man nämlich Platz hinter der Wand.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, dass ohne vorherige Schürfe keine Ausschreibung versendet wird. Trotzdem bereitet die Verwaltung die Ausschreibung für eine Sanierung der Mauer mithilfe von Blocksteinen mit Geogitter vor und passt diese je nach Ergebnis der Schürfe noch entsprechend an.

Über das Ergebnis der Schürfe wird der Gemeinderat informiert. Auch die vorgeschlagene Gipsplombe soll gesetzt werden. Falls anhand der Plombe eine kurzfristige Änderung sichtbar wird, wird die Straße gesperrt.

Der Bürgermeister erklärt, sich für die Entscheidung bezüglich der Straßensperrung verantwortlich zu zeichnen.

6. Aufstellung eines Wildbienenhauses mit Starterpopulation

Der Gemeinde liegt ein Angebot zum Erwerb eines Wildbienenhauses, vor. Um einen Anteil am Artenerhalt zu leisten schlägt der Bürgermeister vor, zwei Stück zu erwerben und aufzustellen.

Ein Gemeinderat, der mit dem Thema vertraut ist, erklärt, dass es in der Gemeinde kein Nahrungsangebot für Wildbienen gibt. Daher wäre es stattdessen sinnvoll Flächen mit Wildkräutern u. Ä. anzulegen, auf denen die Wildbienen Nahrung finden.

Von einem anderen Mitglied wird vorgeschlagen, ein Wildbienenhotel und eine Nahrungsfläche unterhalb der Schule am Wiesenweg anzulegen. Er hat dazu schon mit der Schulleiterin gesprochen, diese steht der Idee positiv gegenüber.

Man einigt sich darauf, dass die Gemeinde mit Frau Roether, die die Wildbienenhäuser herstellt, Kontakt aufnimmt, um weitere Informationen zu dem Projekt zu erhalten, vor allem hinsichtlich der Geeignetheit des Standortes in der Nähe der Schule.

7. Druck einer Broschüre für Wanderwege rund um das Dammbachtal, basierend auf der Wegemarkierung des Spessartbundes (Info-Tafeln) (Anlage)

Bürgermeister Bauer schlägt vor für Dammbach eine Broschüre drucken zu lassen, in der alle Wanderwege um die Gemeinde abgedruckt sind. Die abgedruckten Wege sind die gleichen wie auf den Wegtafeln, die an den Wanderwegen stehen.

Für die Bürger und Urlauber ist die Broschüre kostenlos. Werbung soll nicht abgedruckt werden.

Die Wanderwege sind alle auch auf der Internetseite www.dammbach-aktuell.de aufgeführt.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, 5.000 Exemplare der Wanderbroschüre zum Preis von ungefähr 2.000 Euro drucken zu lassen.

Die Broschüre soll aber erst dann gedruckt werden, wenn das Ergebnis der Kommunalwahl feststeht, dass das Vorwort der neuen Bürgermeisterin mitaufgenommen werden kann.

Auf den neuen Broschüren wird, auf Anregung eines Gemeinderatsmitgliedes, ein QR-Code abgebildet sein, der auf die Wanderwege auf der Internetseite führt. Außerdem werden die Infotafeln mit QR-Codes beklebt, die dann auf den passenden Wanderweg online führen.

8. Albrecht Graf von Ingelheim-Musikschule – Kooperationsvereinbarung des Musikschulvereins mit der Gemeinde Dammbach zwecks Kostenträgerschaft (Anlage)

Da die Musikschule zu einem Verein umgestaltet wurde, muss die Gemeinde Dammbach einen Vertrag mit dem Musikschulverein abschließen, in dem unter anderem die Kostenübernahme durch die Gemeinden geregelt ist.

Ein Vertragsmuster wurde den Gemeinderatsmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung übergeben.

Bisher hatte die Verwaltungsgemeinschaft den Zahlungsverkehr für die Musikschule übernommen, da es sich jetzt aber um einen eingetragenen Verein handelt ist das nicht mehr möglich. Unter anderem wird in dem Vertrag sichergestellt, dass der Verein ständig zahlungsfähig ist.

Die Gemeinden Heimbuchenthal und Mespelbrunn haben die gleichen vertraglichen Vereinbarungen mit dem Musikschulverein getroffen.

Zu §5 Nr. 1 des Vertrages wird von einem Gemeinderatsmitglied angemerkt, dass hier noch das Wort „anteilig“ eingefügt werden soll, da die Kommunen den Ausgleich des Defizits untereinander aufteilen.

Auf Anfrage aus dem Rat wird versichert, dass den Gemeinderatsmitgliedern der Flyer der Musikschule mit einer Kostenübersicht geschickt wird.

Weiterhin wird vorgeschlagen, einen Antrag für Gastschüler auf anteilige Kostenerstattung durch deren Heimatgemeinde vorzubereiten, dass die VG-Gemeinden das Defizit nicht tragen müssen. Das steht bereits auf der Agenda des Musikschulvereins.

Zu §3 Nr.2 wird nachgefragt, ob das Defizit durch Gastschüler irgendwann wegfallen wird.

Dazu antwortet Frau Bathon, dass für Gastschüler eine Kostendeckung durch deren Beiträge vorgesehen ist. Dieses Jahr ist eine Testphase, nächstes Jahr wird es dann eine Anpassung der Gebühren für Gastschüler geben, wenn das Defizit aus diesem Jahr feststeht.

Grundsätzlich ist es so, dass eine höhere Zahl an Schülern den Gruppenunterricht für die einzelnen Teilnehmer günstiger macht und obwohl dieses Konzept angestrebt wird, wird momentan vor allem Einzelunterricht gebucht, wodurch eine höhere Anzahl an Gast- und ortsansässigen Schülern die Kosten für die Einzelnen kaum senkt.

Ein weiterer Punkt auf der Agenda ist das Ansprechen anderer Gemeinden, ob diese ebenfalls Mitglied der Graf von Ingelheim-Musikschule werden möchten.

Unter Berücksichtigung der Änderung an §5 Nr.1 stimmt der Gemeinderat dem Vertrag einstimmig zu.

9. Bestimmung eines Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters für die Kommunalwahl 2020

Frau Bathon erklärt dem Gemeinderat, dass für die Kommunalwahl 2020 ein Wahlleiter, ein Stellvertreter und ein Wahlausschuss festgelegt werden müssen.

Als Wahlleiter schlägt sie den aktuellen Bürgermeister Roland Bauer vor. Die Position muss von einer Person übernommen werden, die bei der Wahl nicht antritt. Da Herr Bauer bei der nächsten Wahl nicht mehr für ein Amt kandidiert, kann dies von ihm übernommen werden.

Als Stellvertreter hat sie Herrn Mayer von der Verwaltung eingeplant.

Eine der beiden Personen muss immer erreichbar sein, da Wahlvorschläge nur beim Wahlleiter und dessen Stellvertreter abgegeben werden dürfen und direkt von einer der beiden Personen geprüft werden müssen. So kann ein eventueller Fehler im Wahlvorschlag direkt festgestellt und schnellstmöglich behoben werden.

In den Wahlausschuss soll laut Frau Bathon jeweils ein Mitglied der beiden Parteien und ein Stellvertreter berufen werden.

Bei der Kommunalwahl wird es zwei Wahllokale für die Urnenwahl geben, eines im Rathaus und eines in der Dammbachtalhalle.

Von zwei Mitgliedern des Gemeinderats wird die Eignung von Bürgermeister Bauer als Wahlleiter in Frage gestellt, da das nötige Vertrauen zu ihm fehlt. Mehrfach erklärt Frau Bathon die Aufgaben des Wahlleiters und dass keine Bedenken bezüglich seiner Neutralität und Geeignetheit bestehen müssen.

Nach mehrminütigen heftigen Diskussionen zwischen den Gemeinderatsmitgliedern über dieses Thema unterbricht der Vorsitzende die Sitzung für fünf Minuten.

Nach der Pause teilt er mit, dass er seine Bereitschaft zurückzieht, das Amt des Gemeindevahlleiters zu übernehmen. Daher wird die Entscheidung vertagt.

Die Verwaltung wird einen neuen Vorschlag unterbreiten.

10. Informationen des Bürgermeisters

10.1. Information über die Möglichkeit für die Einrichtung einer Stelle im Rahmen der Jugendsozialarbeit an Schulen mit hoher staatlicher Förderung. Die Dammbacher Schulleiterin Frau Christine Krausert wird Einzelheiten hierzu in der Novembersitzung vorstellen (Anlage)

Der Bürgermeister teilt mit, dass die neue Leiterin der Grundschule, Frau Christine Krausert, darum gebeten hat, eine neue Stelle zur Jugendsozialarbeit an Schulen zu schaffen. Sie wird in eine der nächsten Gemeinderatsitzungen kommen und das staatlich geförderte Projekt vorstellen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

11. Wasserleitung Oberschnorrhof muss auf Empfehlung des AMME erneuert werden

Bei der Erneuerung der Wasserleitung müssen Absperrschieber eingebaut werden, einer davon am Haus eines Anwohners, weitere an Gebäuden des Gasthofs und der Hauptleitung. Die Maßnahme kostet 30.000 bis 35.000 Euro und soll zwischen dem 04. und 30. November durchgeführt werden.

Für die Verlegung der Leitungen sind neue Grunddienstbarkeiten notwendig.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat die Durchführung der Maßnahme.

12. Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

Es wurden keine Anfragen gestellt, die in die Entscheidungskompetenz des Gemeinderats fallen.

13. Verschiedenes

3.1. Termin Novembersitzung

Der Bürgermeister teilt mit, dass die nächste Sitzung am 18.11.2019 stattfindet. Zur Terminfindung wurde eine Doodle-Umfrage durchgeführt.

13.2. Korrektur Protokoll der öffentlichen Sitzung am 20.09.2019

Zu Punkt 13 des Protokolls wird angemerkt, dass es sich nicht um die Beamer handelt, die viel zu hoch angebracht sind, sondern um die Projektionsflächen.

Im Protokoll wird das Wort „Beamer“ durch „Projektionsflächen“ ersetzt.

13.3. Grabsteine Friedhof Wintersbach

Aus dem Gemeinderat wird nachgefragt, wann die entsprechende Maßnahme erfolgt, um das Umdrücken der Grabsteine durch die Friedhofsmauer zu verhindern. Der Bürgermeister antwortet, dass die Firma Leo Karl bisher keine Zeit hatte.

Gleichzeitig teilt er mit, dass die Gemeinde die Kosten übernimmt, sollte ein Grabstein umgedrückt werden.

13.4. Grundschule

Ein Ratsmitglied macht darauf aufmerksam, dass die Dachrinne im Kellerraum der Grundschule undicht ist. Außerdem sollten im Geräteraum der Dammbachtalhalle Fallen aufgestellt werden, da es dort Hinweise auf Schädlinge gibt.

13.5. Wahlkampf in öffentlichen Gebäuden

Ein Mitglied der UWG weist darauf hin, dass vor einigen Jahren die Anweisung vom Bürgermeister getätigt wurde, dass in öffentlichen Gebäuden kein Wahlkampf stattfinden darf. Ein Gemeinderatsmitglied fragt den Bürgermeister, ob dieses Verbot für Wahlkampfveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden noch Bestand hätte. Dies wird vom Bürgermeister bestätigt.

Einige Tage nach der Sitzung findet aber eine solche Veranstaltung der CSU/FWG im Kameradschaftsraum des Feuerwehrhauses statt. Da der Kameradschaftsraum laut dem Bürgermeister kein öffentlicher Raum ist, wird hierdurch die Anordnung nicht missachtet. Ein weiteres Gemeinderatsmitglied weist darauf hin, dass Niemand etwas gegen solch eine Veranstaltung habe, es gehe nur darum, dass gleiches Recht für Alle zu gelten habe.

Der Bürgermeister denkt darüber nach, die Anordnung zurückzunehmen.

Ende der Sitzung 21:35 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Niklas Joe
Schriftführer/in